

Anschrift Personal verwaltende Dienststelle		Ort und Datum	
		Telefon	
		Beschäftigungsdienststelle	
<b>Landesamt für Steuern und Finanzen</b>  Arb.Gr.		<b>Antrag auf Befreiung von der          Pflichtversicherung in der          Zusatzversorgung des öffentlichen          Dienstes (§ 2 Abs. 2 Tarifvertrag          Altersversorgung – ATV)</b>	
Hinweis nach § 11 Sächsisches Datenschutzgesetz (SächsDSG): Die Angaben sind für die richtige Bezügeabrechnung erforderlich. <b>Zur Vermeidung von Rechtsnachteilen bitte sorgfältig und vollständig ausfüllen.</b>			

Geschäftszeichen des LSF		Name, Vorname	Geb.-datum
Sachbearb.-Nr.	Personalnummer		

### 1. Antrag der/des Beschäftigten

Ich beantrage für mein am _____ beginnendes / begonnenes Beschäftigungsverhältnis die Befreiung von der Pflichtversicherung in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Die mir von meiner Dienststelle ausgehändigten Unterlagen zur Zusatzversorgung und die <b>Hinweise</b> auf der <b>Rückseite</b> dieses Formulars habe ich zur Kenntnis genommen.
   _____ Datum und Unterschrift des / der Beschäftigten

### 2. Bestätigung der Personal verwaltenden Dienststelle

Die / der Beschäftigte übt eine wissenschaftliche Tätigkeit im Sinne des § 2 Abs. 2 ATV aus.	
Die Beschäftigungsdienststelle ist eine Hochschule oder Forschungseinrichtung im Sinne des § 2 Abs. 2 ATV.	
Datum	Unterschrift

## Hinweise für die/den Beschäftigte/n

1. Eine Befreiung von der Versicherungspflicht bei der VBL ist nicht möglich, wenn bisher bereits eine Versicherung bei der VBL oder einer anderen Zusatzversorgungseinrichtung des öffentlichen Dienstes bestanden hat (ohne dass für diese Versicherungszeit eine Beitragserstattung durchgeführt wurde).
2. Der Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht kann nicht widerrufen werden.
3. Anstelle der Pflichtversicherung wird eine freiwillige kapitalgedeckte Versicherung bei der VBL aufgebaut.
4. Durch das Gesetz zur Umsetzung der EU-Mobilitätsrichtlinie werden die gesetzlichen Unverfallbarkeitsfristen ab 01.01.2018 von 5 auf 3 Jahre verkürzt. Dadurch erwerben die Beschäftigten ab 01.01.2018 bereits nach 3 Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf Leistungen aus der Pflichtversicherung der VBL.

### Datenschutzhinweis gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung

Ihre Daten werden vom Landesamt für Steuern und Finanzen in Erfüllung seiner Aufgaben gemäß den geltenden Bestimmungen zum Datenschutz verarbeitet. Weitere Informationen zu den einzelnen Aufgaben sowie über die Verarbeitung der Daten und der Rechte bei der Verarbeitung der Daten, die sich aus der Datenschutz-Grundverordnung ergeben, können Sie im Internet unter <http://www.lsf.sachsen.de/Datenschutz.html> (z. B. Bereich Bezüge) abrufen. Die/ den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n des Landesamtes für Steuern und Finanzen erreichen Sie unter: Landesamt für Steuern und Finanzen, Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, E-Mail-Adresse: [Datenschutz@lsf.smf.sachsen.de](mailto:Datenschutz@lsf.smf.sachsen.de)